## Die Sekundarschule ist gesetzt

BILDUNGSDEBATTE "Jamaika-plus"-Partner wollen keinen Ratsbürgerentscheid am Wahltag

VON ANA SCHUMACHER OSTRIĆ

Es klingt paradox. Die Diskussion um Sekundar- oder Gesamtschule soll kein Wahlkampfthema sein. Das zumindest wünscht sich Bernhard Marewski (CDU), wie er am Freitag beim Jamaika-plus-Pressegespräch beteuerte. Der Beschluss für die Sekundarschule sei gefallen, nun sei es Aufgabe der Verwaltung, die Eltern zu informieren. "Wir wollen das nicht weiter politisieren", so Marewski.

Weil aus dem Rathaus aber noch keine Informationen zur neuen Schulform an die Öffentlichkeit gedrungen sind, hat sich das Bündnis die Mühe gemacht, eine Homepage zu erstellen. Auf www.sekschulelev.de werden Gesamt- und Sekundarschule verglichen und die Schritte zur Schulgründung aufgelistet. Die dazu passende Broschüre ist versehen mit den Emblemen von CDU, Grünen, FDP und Unabhängigen. Soweit, so (un)politisch.

Anlass für den Pressetermin war der Besuch der Leverkusener Schulpolitiker und OB Buchhorn bei der Bezirksregierung Köln. Regierungspräsidentin Gisela Walsken habe am Donnerstag versichert, dass sie eine Schulgründung unterstützt, sofern die Stadt sich an das Haushaltssicherungskonzept hält. Nach den Sommerferien sollen die Eltern der Dritt- und Vierklässler erneut befragt werden, welche Schulform sie für ihr Kind wünschen. Mindestens 75 Familien aus jedem Jahrgang müssen ihr Kreuzchen bei der Sekundarschule machen, damit die Schule bei der Bezirksregierung beantragt werden kann.

Wenn die SPD weiter darauf poche, eine dritte Gesamtschule zu eröffnen, dann nur, weil sie kein anderes Wahlkampfthema vorzuweisen habe, ätzte Marewski. Am Montag wird im Rat über den neuesten SPD-Antrag abgestimmt. Wie berichtet, schlägt die Fraktion



So sieht schulpolitische Zuversicht aus (von links): Bernhard Marewski (CDU), Sabine Ingber (Die Unabhängigen), Dirk Trapphagen (Bündnis 90/Die Grünen) und Monika Ballin-Meyer-Ahrens (FDP) sind von der Sekundarschule überzeugt.

vor, die Bürger im Zuge der Kommunalwahl über die gewünschte Schulform entscheiden zu lassen. Außerdem solle die Verwaltung aufzeigen, wie der rund zwölf Millionen Euro teure Ausbau der Schule Neukronenberger Straße zur Gesamtschule finanziert werden kann. Dem Antrag wird das Bündnis nicht zustimmen.

Monika Ballin-Meyer-Ahrens (FDP) sieht den neuerlichen Vorstoß der SPD, auch mit Blick auf den Wahlkampf, gelassen. "Die rationalen Argument sind auf unserer Seite", ist sie überzeugt. Solange die SPD nicht erkläre, wie eine dritte Gesamtschule finanziert werden könne, "habe ich keine Sorge". Marewski hält es gar für

"unseriös", dass der politische Gegner von der Verwaltung verlangt, Finanzierungsvorschläge zu machen. "Wer sich eine Gesamtschule wünscht, muss auch sagen, woher das Geld kommen soll."

Verbale Seitenhiebe gab es überraschenderweise auch gegen Burscheids Bürgermeister Stefan Caplan (CDU). Er habe die Leverkusener ungerechtfertigterweise zu lange in dem Glauben gelassen, dass eine Gesamtschulkooperation zwischen den beiden Städten möglich sei. "Wir sind ausgetrickst worden", beklagte der erfahrene Politiker Marewski. Die SPD hatte darauf gepocht, sich nicht nur auf die Burscheider Option zu verlassen. Auch die Evangelische Kirche hatte als Schulträger recht früh Zweifel geäußert. Nur das "Jamaika-plus"-Bündnis vertraute auf ein gutes Ende. Ballin-Meyer-Ahrens beteuerte: "Dass die Sache nicht gehen wird, war zu

keinem Zeitpunkt abzusehen."

## Gewerkschaft plädiert für Gesamtschule

In der Debatte um die Erweiterung des Schulangebots haben sich am Freitag zwei weitere Akteure zu Wort gemeldet. Sowohl die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Stadtverband Leverkusen) als auch die Lehrerräte der beiden Leverkusener Gesamtschulen plädieren für eine dritte Gesamtschule.

**Die Sekundarschule** habe einen großen Nachteil, argumentieren

die Lehrerräte: Wer das Abitur machen möchte, muss nach der 10. Klasse die Schule wechseln. Dieser Wechsel bleibe den Schülern einer Gesamtschule erspart.

Der GEW-Vorsitzende Norbert Arnold kritisiert, dass die Einrichtung einer Sekundarschule ohne vorherige "inhaltliche, konzeptionelle oder pädagogisch geführte Debatte" beschlossen wurde. (ana)